

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Kündigungsschutz - Flächentarif - Beschleunigungsgesetz - Subventionskontrolle - Rußland

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1996) : Kurz kommentiert: Kündigungsschutz - Flächentarif - Beschleunigungsgesetz - Subventionskontrolle - Rußland, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 76, Iss. 7, pp. 325-326

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137368>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Kündigungsschutz Richtiger Weg

Ende Juni verabschiedete der Bundestag als Teil des Programms der Bundesregierung für mehr Wachstum und Beschäftigung unter anderem die Aufhebung des gesetzlichen Kündigungsschutzes für Betriebe mit sechs bis zehn Beschäftigten und eine Verlängerung der Laufzeit befristeter Arbeitsverträge auf zwei Jahre. Diese Änderungen, die nicht der Zustimmungspflicht des Bundesrates unterliegen, treten voraussichtlich im Herbst in Kraft. Ziel ist der Abbau von Einstellungshemmnissen und damit die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze. Die Bundesregierung hält auf diese Weise schon kurzfristig die Schaffung von 300 000 neuen Arbeitsplätzen für möglich.

Zweifellos bilden der besondere Kündigungsschutz und die damit verbundenen Kosten besonders in kleinen Betrieben eine erhebliche Beschäftigungsbarriere. Die Einschätzung der Bundesregierung ist aber in der aktuellen Konjunkturlage und bei den geltenden Rahmenbedingungen allzu optimistisch. Die Unternehmen werden ihre Mitarbeiterzahl nur bei günstigen Absatzaussichten erhöhen, die gerade in den Branchen Handwerk und Handel, in denen überdurchschnittlich viele kleine Betriebe angesiedelt sind, derzeit kaum gegeben sind. Daneben wirken andere Faktoren wie hohe Arbeitskosten, insbesondere hohe Lohnnebenkosten, weiterhin als Hemmnis für die Beschäftigung.

Wichtiger als die kurzfristige ist die mittelfristige Wirkung der Lockerung des Kündigungsschutzes. Der Abbau überzogener Schutzvorschriften für Arbeitnehmer, die letztlich beschäftigungsfeindlich wirken, ist Teil einer umfassenden Strategie, über größere Wachstumsdynamik und mehr Arbeitsmarktflexibilität zusätzliche Beschäftigung zu ermöglichen und die Arbeitslosigkeit zu verringern. Im Hinblick darauf sollten über das Reformprogramm der Regierung hinaus Regulierungen abgebaut werden. sp

Flächentarif Konzept gegen Erosion

Gesamtmittel-Präsident Stumpfe hat zu Beginn seiner neuen Amtszeit und vor der nächsten Lohnrunde ein Konzept zur Tarifreform vorgelegt. Offenbar soll damit einer weiteren Erosion des Flächentarifs durch ein Unterlaufen tariflicher Regelungen und durch Verbandsaustritte vorgebeugt werden. Neu ist, daß nach dem Subsidiaritätsprinzip Kernelemente wie

Entgelt und Dauer der Arbeitszeit flächendeckend verhandelt werden sollen, und zwar zentral für alle Unternehmen. Gleichzeitig soll über Rahmenregelungen, Optionen und Öffnungsklauseln der Freiraum für Betriebsvereinbarungen erweitert werden.

Die Wirkungen und damit auch die Erfolgsaussichten des Konzepts sind davon abhängig, was im einzelnen zentral und was dezentral geregelt werden soll. Stumpfe besteht darauf, daß über die Verdienste zentral verhandelt werden soll. In diesem Fall wäre der Flächentarif nur zu retten, wenn er sich auf die Festlegung von Mindestbedingungen beschränkte. Andernfalls müßten sich die Öffnungsklauseln über die Gestaltung der Arbeitszeit hinaus auch auf Entgelte beziehen. Offen ist auch, in welcher Weise die schwierige Lage vieler ostdeutscher Unternehmen berücksichtigt werden soll.

Mit zentralen Verhandlungen soll sicher der negativen Erfahrung der letzten Tarifrunde Rechnung getragen werden. 1995 hatte die Übertragung des Pilotabschlusses in Bayern, einer Region mit guter Konjunktur, auf die anderen Regionen zu weit überhöhten Lohnanhebungen geführt; dies hatte die Erosion des Tarifs, auch in Westdeutschland, verstärkt. Ob sich die Regionalverbände und Mitgliedsunternehmen zu einem einheitlichen Vorgehen entschließen können, ist nach ihrem Verhalten in den letzten Jahren aber fraglich. is

Beschleunigungsgesetz Verkürzung der Genehmigungszeiten

Die Attraktivität Deutschlands als Investitionsstandort wird von vielen Faktoren bestimmt, von denen die rechtlichen und administrativen Rahmenbedingungen nur einer sind. Langwierige Zulassungsverfahren und nach Bürger-Einsprüchen sich bisweilen über Jahre erstreckende Gerichtsverfahren wirken sich gleichwohl negativ auf Investitionsentscheidungen aus und lassen potentielle Investoren auf andere Standorte ausweichen.

Am 27. Juni hat der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der Regierungskoalition ein Gesetz zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren verabschiedet, das darauf abzielt, Investitionsvorhaben einfacher und schneller in die Tat umzusetzen. Dies soll vor allem dadurch erreicht werden, daß zum einen bei Genehmigungsverfahren alle beteiligten Behörden zeitgleich vorgehen, zum anderen dadurch, daß in bestimmten Fällen eine Anzeige der Investitionsvorhaben bei den zuständigen Behörden ausreicht. In Ländern, in denen ähnliche Verfahrensweisen bereits

praktiziert werden, etwa in den USA, sind die Genehmigungszeiten in vergleichbaren Fällen erheblich kürzer als hierzulande.

Zweifellos ist es wichtig, daß in einem hochindustrialisierten Land wie der Bundesrepublik Normen und Richtwerte vorgegeben und überprüft werden, die der Sicherheit, der Gesundheit und dem Umweltschutz dienen; hieran wird das beschlossene Gesetz auch nichts ändern. Es geht vielmehr darum, die bürokratischen Abläufe bei der Anwendung der Normen und Richtwerte zu vereinfachen und im Sinne eines investitions- und technologiefreundlichen Klimas zu verbessern. Inwieweit das Beschleunigungsgesetz nun allerdings in die Praxis umgesetzt werden kann, hängt auch vom Bundesrat ab, in dem die Opposition die Mehrheit hat. wm

Subventionskontrolle Signal aus Brüssel

Die EU-Kommission hat Ende Juni die von der Bundesregierung und dem Land Sachsen für Investitionen des Volkswagen-Konzerns in Mosel bei Zwickau und in Chemnitz vorgesehenen Subventionen nur zum Teil genehmigt. Statt der zugesagten 780 Mill. DM dürfen nach der Entscheidung aus Brüssel aus wettbewerblichen Gründen nur 540 Mill. DM gezahlt werden. Der Automobilbauer reagierte auf dieses Votum mit der Ankündigung, die Investitionspläne für die Werke in Sachsen vorläufig zurückzustellen.

Diese Reaktion aus Wolfsburg zeigt, auf welch schwachen Füßen die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland noch steht. Ohne öffentliche Fördermittel werden in den neuen Bundesländern keine größeren Investitionen getätigt. Nun besteht sicher weitgehend Einigkeit darüber, daß zum Ausgleich von Standortnachteilen, die noch als Erblast der sozialistischen Planwirtschaft anzusehen sind, Investitionen in Ostdeutschland weiter gefördert werden müssen, wenn der wirtschaftliche Anpassungsprozeß erfolgreich fortgesetzt werden soll. Bei der Bemessung der Förderung muß aber berücksichtigt werden, daß diese Standortnachteile im Laufe der Zeit geringer geworden sind, was prinzipiell für eine degressive Ausgestaltung und zeitliche Befristung der Förderung spricht.

Die EU-Kommission hat nun genau das getan, was auch die Pflicht der deutschen Politiker sein sollte: Sie hat die Angemessenheit der Subventionshöhe überprüft. Sie hat sich keineswegs generell gegen die Förderfähigkeit von Investitionen in Sachsen oder in Ostdeutschland ausgesprochen, wie die Äußerung des

sächsischen Wirtschaftsministers suggeriert, diese Entscheidung könne von Investoren als Signal verstanden werden, Ostdeutschland zu meiden. Solche Aussagen könnten potentielle Investoren eher dazu ermuntern, höhere Fördersummen anzustreben. Die deutschen Steuerzahler, denen seit Jahren der Abbau von Subventionen versprochen wird, sollten der Kommission dankbar sein, daß wenigstens eine politische Ebene die Subventionskontrolle ernst nimmt. wei

Rußland Keine entscheidende Wende

Die Wiederwahl Boris Jelzins zum Präsidenten Rußlands bedeutet sicherlich einen wichtigen Schritt auf dem langen und steinigen Weg des Landes zu einer stabilen Demokratie und Marktwirtschaft. In den vergangenen fünf Jahren der ersten Amtszeit von Jelzin wurde mit der Schaffung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen für Rußland Bemerkenswertes erreicht. Ein Mittelstand mit bisher über 900 000 Kleinunternehmen beginnt sich zu entwickeln. Der Rubel wurde stabilisiert, die Inflation auf monatliche Werte von zuletzt unter 2% gesenkt, und das Haushaltsdefizit betrug im vergangenen Jahr nur noch 3% des Bruttoinlandprodukts. Gleichzeitig sind die Auslandsinvestitionen 1995 deutlich gestiegen, und für 1997 wird ein leichtes Wachstum des BIP anvisiert. Auf der anderen Seite stehen erhebliche Probleme zur Lösung an: Das ineffiziente Steuersystem, Rechtsunsicherheit, Korruption und Mafia, ausbleibende Lohn- und Rentenzahlungen, Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, bedrohlicher Rückgang der Investitionen, Rohstofflastigkeit des russischen Exports. Vor allem die Industrie produziert am Verbraucher vorbei, vielfach dominieren ausländische Konsumgüter den Markt.

Die Wahl hat noch keine Klarheit über den zukünftigen Kurs des Kreml gebracht. Unsicher ist neben dem Gesundheitszustand von Jelzin die künftige Bedeutung von Ex-General Lebed, dessen Wähler Jelzin im zweiten Wahlgang mit zum Sieg verholfen haben. Diese Wähler erhoffen sich vor allem auch eine verbesserte soziale Sicherung und die Wiederherstellung von Recht und Ordnung. Bei der Bildung der Regierung muß mit Machtkämpfen gerechnet werden, wobei als künftige Regierungsmitglieder gegenwärtig weder Reformkräfte noch Kommunisten ausgeschlossen werden können. Die Wahl Jelzins ist daher nicht mit einer schnellen und entscheidenden Wende zum Besseren gleichzusetzen. Bis zur Realisierung stabiler politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse dürfte in Rußland noch geraume Zeit vergehen. sr